

Marbach Aktuell

Informationen aus dem Ortsbeirat
und der Gemeindevertretung



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
Beratungen und Entscheidungen im Ortsbeirat und in der Gemeindevertretung berühren die Bürgerinnen und Bürger sehr konkret. Mit dieser Information wollen wir einen Beitrag für mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung leisten.

CDU und CWE lehnen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab

CDU und CWE haben in der Gemeindevertreter-sitzung am 08. November den gemeinsamen Antrag von der Linken, Offenen Liste und der SPD zur Abschaffung der Straßenbeiträge abgelehnt.

Nach wie vor gilt in Petersberg eine Straßenausbaubeitragssatzung mit den höchst möglichen Sätzen für die Bürger. Beitragsbescheide der Gemeinde von 15.000 ja 20.000,- Euro sind keine Seltenheit.

In immer mehr Bundesländern werden diese Gebühren nun abgeschafft. Nach Hamburg, Berlin und Bayern schafft nun Thüringen zum 01.01.2019 diese Gebühr ab. In Hessen haben CDU, Grüne und FDP das bisher abgelehnt und sind auch nicht bereit, die Gemeinden finanziell besser auszustatten.

Allerdings können seit Mai 2018 in Hessen die Gemeinden selbst darüber entscheiden, ob sie Beiträge erheben. Seitdem vergeht kaum eine Woche in der eine Gemeinde in Hessen (Kassel, Gießen, Sontra, Eschwege, Bebra,...) die Straßenausbaubeiträge abschafft.

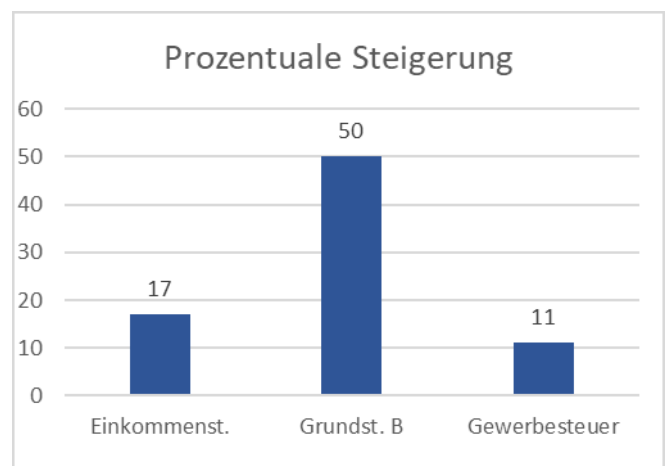
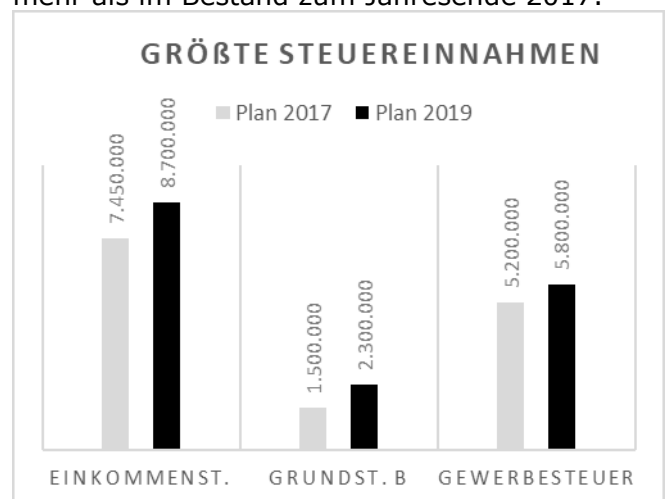
In der Sitzung am 08. November wurde erstmals von der CDU öffentlich Handlungsbereitschaft signalisiert. Allerdings wolle sie erst die Regierungsbildung in Wiesbaden abwarten. Wir sind der Meinung, dass diese Hinhaltepolitik für die Bürger, in deren Straßen auf Grundlage der Straßenbeitragsatzung aktuell Straßen oder Lampen grundhaft erneuert werden, mit erheblichen finanziellen Risiken verbunden ist.

Zwar hat die Gemeinde aktuell die Straßenbeitragsbescheide ausgesetzt, was aber nach unserer Einschätzung ein nicht rechtssicherer Zustand ist und bedeutet für die Bürger am Ende eventuell doch noch eine Inanspruchnahme. Wir sind der Auffassung, dass die Gemeinde finanziell in der Lage ist, auf diese ungerechten Beiträge zu verzichten.

Steuereinnahmen steigen auf 18 Millionen Euro

Die Steuereinnahmen der Gemeinde sind in den letzten beiden Jahren drastisch gestiegen. Allein durch die Anhebung der Grundsteuer B müssen die Bürger jährlich 800.000,- Euro zusätzlich zahlen.

Der Kassenbestand der Gemeinde dürfte Ende des Jahres die 11 Millionen Grenze überschritten haben, das sind fast 9 Millionen mehr als noch vor einem Jahr geplant und 1,5 Millionen mehr als im Bestand zum Jahresende 2017.



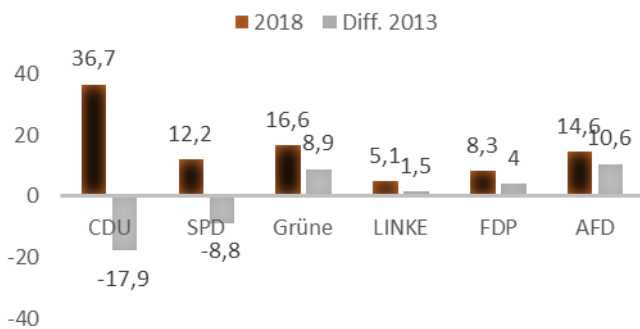


CDU verliert dramatisch

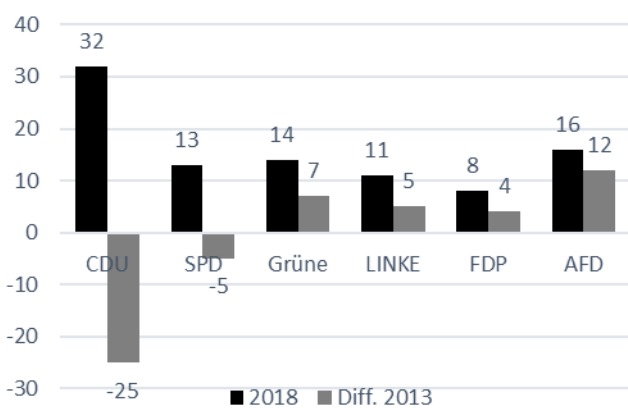
Bei der Landtagswahl hat die CDU in Petersberg und in Marbach dramatisch verloren. Die ehemalige Siebzig-Prozent-Partei sackte deutlich unter 40 Prozent ab. In Marbach liegt sie gerade noch bei 32 Prozent.

Im Landesschnitt hat die CDU 11 Prozent verloren. Die deutlich höheren Einbußen in der Gemeinde dürften ihre Ursachen auf kommunaler Ebene haben.

Ergebnis Landtagswahl 2018 Petersberg



Ergebnis Landtagswahl 2018 Marbach



Neubau des Marbacher Kindergartens

Die Verhandlungen zum Erwerb des Grundstückes zum Bau eines neuen Kindergartens am Riegelacker sind abgeschlossen. Die Gemeindevertretung hat in ihrer Sitzung am 08. November dem Erwerb des Grundstückes zugestimmt.

Wir haben uns dabei der Stimme enthalten. Leider wurden außer dem Kaufpreis von 1,00 Euro und der Fläche von 6739 m² keine Vereinbarungen konkret benannt. Lediglich Vertragsbestandteile wie ein Mitspracherecht der kath. Kirche bei den Planungen und ein Verbot von gewerblicher Nutzung wurden angedeutet. Auch Fragen zum Wert des alten Kindergartens, dessen Inventar usw., wurden bisher nicht erörtert.

Nach den aktuellen Planungen soll nun im Jahr 2019 mit dem Bau des neuen Kindergartens begonnen werden. Der Umzug könnte dann zu Beginn des Kindergartenjahres im August 2020 stattfinden. Dies ist erfreulich, damit erhält Marbach auch eine U3 Betreuung.



Hohe Grunderwerbssteuer: CDU spricht sich gegen die Änderung der Kaufverträge aus

Nach unserer Initiative im April dieses Jahres zur Klärung, ob die Gemeinde die Verträge so gestalten kann, dass die Käufer die Grunderwerbssteuer nur auf den Grunderwerb und nicht auch noch auf die Erschließungskosten zahlen müssen, hat die Gemeinde im Oktober mittgeteilt, dass dies möglich sei.

CDU, CWE und FDP haben nun unseren Antrag auf eine Änderung der Kaufverträge zum Verkauf gemeindeeigener Grundstücke abgelehnt. Damit müssen die Käufer weiterhin teilweise über 3000,- Euro zusätzliche Steuer zahlen.

Fraktion Die Linke. Offene Liste in der Gemeindevertretung Petersberg und im Ortsbeirat Marbach

Vorsitzender: Michael Wahl, Kirschgrund 3, 36100 Petersberg